

Rheininger Bote

Rüdesheimer Zeitung
Amtliches Bekanntmachungsblatt

Fernsprecher 295.

Anzeigenpreis: 25 Bfg. für die einseitige
Zeile, für auswärtige Anzeigen 30 Pfennig.
Textzeile im Reklamenteil 90 Pfennig. — Bei
mehrmaliger Aufnahme entsprechend Nachsch.
Druck und Verlag:
H. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Nummer 130.

Montag, den 8. November 1920.

44. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Dienststunden der Gemeindeverwaltung sind wie folgt festgesetzt worden:

Wochentäglich von 8—12 vormittags,
von 1—5½ nachmittags,
Samstags vormittags von 8—1 Uhr.

Für den öffentlichen Verkehr sind die Dienst-
stellen des Rathauses und des Lebensmittelamtes
wochentäglich von 8—12 Uhr vormittags
geöffnet.

Die Sprechstunden des Bürgermeisters sind
wochentäglich von 10½—12 Uhr.

Die Stadtkasse bleibt Samstags geschlossen.

Außerhalb der für den öffentlichen Verkehr zu-
gelassenen Stunden kann nur in den dringenden
Fällen Auskunft erteilt werden; auch der Hilfsdienst
Samstag nachmittags von 2—5½ Uhr im Rathaus
— Zimmer 8 — ist nur für dringende Angelegen-
heiten eingerichtet.

Rüdesheim, den 5. November 1920.

Der Magistrat: Neumann.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 5. Nov. Der Reichstag erledigte zu-
nächst kleine Anfragen. Auf eine Anfrage der So-
zialdemokraten wegen Entschädigung für Reichs-
angehörige, die durch die Besatzungstruppen in
den besetzten Gebieten an Gesundheit und Leben
geschädigt wurden, erwiderte ein Regierungsver-
treter, ein Gesetzentwurf sei in Bearbeitung. Die
Grundlage dazu solle das Militärversorgungsgesetz
bilden. Auf eine Anfrage der Deutschen Volkspar-
tei wegen der unmenschlichen Behandlung
deutscher Seeleute in englischen Häfen er-
widerte Ministerialdirektor Dr. Fitting: Wir
machten die einzelnen uns bekannt gegebenen Vor-
gänge und Beschwerden zum Gegenstand amtlicher
Schritte in London. Nach einem Bericht unserer
Botschaft drückte die englische Regierung ihr Be-
dauern darüber aus. Sie werde eine Untersuchung
anstellen und bedacht sein, derartige Vorgänge zu
verhüten. Der gegenwärtige Zustand sei unhalt-
bar, weil die englischen Seeleute in den deutschen
Häfen volle Gleichberechtigung genießen. Die
Reichsregierung wird auch zukünftig nichts unter-
lassen, um die Abstellung der unerträglichen Be-
lastung der deutschen Seeleute herbeizuführen.
Auf eine deutschnationale Anfrage wird erklärt:
Die Zahl der deutschen Gefangenen in
Rußland wird auf 12 000 geschätzt. Alle
Kriegsgefangenen dürften noch im Jahre 1920 heim-
kehren bis auf die Arbeitskommandos, denen es
aber nicht schlecht gehe, weil sie bei Bauern unter-
gebracht seien. Alle russischen Zentralbehörden seien
bemüht, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Auf
einen Hinweis der Deutschen Volkspartei auf die
Gefährdung unserer Kinder durch die Forderung
von 810 000 Mark führen durch die Entente er-
widerte Staatssekretär Müller, daß die Angaben
über diese Zahl nicht zutreffen, mehrere Entente-
staaten hätten ihre Forderungen angemeldet. Die
Reichsregierung antwortete, daß solche Mengen von
Marken nicht geliefert werden könnten.
Die Antwort der Wiedergutmachungskommission
stehe noch aus.

Das besetzte Gebiet

* Berlin, 6. Nov. Auf der Tagesordnung stehen
folgende Interpellationen, die zusammen beraten
werden: 1. Die Interpellation Schiffer (Dem.),
die mit allen übrigen Parteien eingebracht worden
ist, über Eupen und Malmédy: „Der Rat
des Völkerbundes hat am 20. September in Paris
beschlossen, Belgien endgültig die Souveränität
über die Kreise Eupen und Malmédy zuzusprechen.
Hat die Reichsregierung von diesem Beschlusse
Kenntnis erhalten? Ist ihr bekannt, auf welche
tatsächlichen Grundlagen er sich stützt? Welche Stel-
lung nimmt die Reichsregierung dazu ein und
was hat sie getan oder gedenkt sie zu tun, um den
Nachweis zu erbringen, daß dieser Beschluß dem
Vertrage und dem Sinne des Art. 34 des Ver-
trages widerspricht?“ 2. Die Interpellation
Korrell (Dem.): „Ist die Reichsregierung in der
Lage und bereit, Auskunft zu geben 1. über die

Höhe der durch die Besetzung der Rhein-
lande erwachsenden Kosten, 2. über die Behand-
lung der Bevölkerung durch die Besatzung und die
der Tätigkeit der Reichskommissare bereitetem Dem-
onstrations, 3. über Maßnahmen zur Verhinderung
der Rückkehr der wegen Abwehr separatistischer
Bestrebungen Ausgewiesenen? Was gedenkt die
Reichsregierung gegen die von französischen Staats-
männern geäußerte und betätigte Absicht auf Los-
trennung der besetzten Gebiete vom Deutschen Reich
zu tun?“

Abg. Dr. Vell (Ztr.): Zum dritten Male
trete ich nun heute auf der Reichstagstribüne als
Ankläger auf, um eine Antwort zu erlangen auf
die Beschuldigungen, daß durch die Behandlung der
besetzten Gebiete und von Eupen und Malmédy
Recht und Vertrag gebrochen worden sind. Sollte
ich auch auf die dritte Auflage keine Antwort be-
kommen, dann darf ich mit Zug und Recht vor der
ganzen zivilisierten Welt erklären: Keine Antwort
ist auch eine Antwort. Dann bin ich zur Feststel-
lung vor der Geschichte berechtigt, daß das Anklage-
material so wichtig und erdrückend und der Rechts-
standpunkt so unüberleglich ist, daß sich jeder Ver-
such einer Widerlegung von selbst verbietet. Wo-
mit wird die Besatzung von mehr als 100 000 Mann
gerechtfertigt? Machtgelüste und Annexionsabsich-
ten verbergen sich dahinter! Besonders beklagens-
werte Zustände herrschen in dem von Amerikanern
besetzten Gebiet. Das viele Geld, mit dem die
Amerikaner um sich werfen, führt dort zu einer
sittlichen Verwahrlosung. Wir haben die feste
Ueberzeugung, daß die amerikanische Regierung
diese Zustände nicht kennt, und richten deshalb an
das Auswärtige Amt die dringende Bitte, ihr das
Material zu unterbreiten, damit von Washington
aus eingegriffen wird. Unser Bestreben muß sein,
mit unseren westlichen Nachbarn wirtschaftlich, po-
litisch und kulturell ins Einvernehmen zu kommen.
Wenn diese aufrichtige und ehrliche Gesinnung
allerdings bei unseren Gegnern keinen Widerhall
findet, kann man uns für die Folgen nicht ver-
antwortlich machen. Verständigung ist nur auf der
Grundlage der Gegenseitigkeit möglich. (Lebhafter
Zustimmung.) Am 20. September hat der Oberste
Rat des Völkerbundes die Kreise Eupen und Mal-
medy endgültig Belgien zugesprochen. Der Fried-
ensvertrag besagt, daß binnen sechs Monaten die
Bewohner das Recht haben sollen, schriftlich den
Wunsch auszudrücken, daß die Gebiete ganz oder
teilweise unter deutscher Souveränität bleiben.
Das Ergebnis soll von Belgien dem Völkerbund
zur Entscheidung unterbreitet werden. Es heißt
ausdrücklich in der Note vom 16. Juni 1919: „Daß
die Entscheidung der Bewohner unter Vorbehalt
vorgenommen werden soll, die die volle Frei-
heit der Stimmenabgabe gewährleisten.“ Wie man
in Wirklichkeit damit vorgegangen ist, hat die Ver-
handlung über die Interpellation am 20. April in
der Nationalversammlung bewiesen. Der Kreis
Eupen ist rein deutsch, der Kreis Malmédy zu
75 Prozent. Einer Deputation, welche dem Völker-
bund eine Bittschrift übergeben und mündlich er-
klären wollte, hat man die Einreiseverläufe ver-
weigert. Die Eingabe ist inzwischen als Denkschrift
erschienen und enthält auf unbedingt zuverlässigen
Quellen gestütztes erdrückendes Material. Von
33 000 Stimmberechtigten haben sich 271 in die
Listen eintragen lassen! Durchaus einwandfreie,
unbedingt zuverlässige Zeugen aus den Kreisen
selbst, aber auch ebenso zuverlässige Zeugen holl-
ländischer und schwedischer Gewährsmänner be-
stünden, daß die Bevölkerung verhindert worden
ist, ihren Willen kundzugeben. Wir appellieren
an die Vollversammlung des Völkerbundes und
fordern gründliche Nachprüfung der Abstim-
mung.

Reichsminister des Innern Dr. Simon: 1.
Bedenken der schweren Not, die die Kreise Eupen und
Malmédy betroffen hat, hat sich der deutsche
Volks lebhafter Erregung bemächtigt. Der Ver-
trag von Versailles hat für diese beiden Kreise eine
feste Auslegung erfahren. Die Bevölkerung
soll schriftlich bekunden, ob sie unter deutscher Herr-
schaft bleiben will. Die deutsche Regierung hat
beim Völkerbund beantragt, diese Befragung end-
gültig zu erklären und Vorkehrungen zu treffen,
um eine freie, unbeeinflusste Willensäußerung zu
gewährleisten. Der Völkerbundsrat hat Belaten
die Souveränität über diese Kreise endgültig über-
tragen. Fragendwelche Bezugnahme auf unser
Verständnis ist bei der Entscheidung der Entente nicht
erfolgt. Auf unsere Vorstellung und auf unser er-
schöpfendes Material ist niemals eine Antwort ge-
kommen. (Hört, hört im Zentrum und rechts.) Nie-
mals bestand in Eupen und Malmédy eine An-
schlußbewegung an Belgien. Die Bevölkerung ist
in geschäftlicher, politischer, kirchlicher, sozialer und
kultureller Beziehung seit jeher aufs Engste mit
Deutschland verbunden und durch starke Gegensätze

von Belgien getrennt. (Lebhafter Zustimmung.)
Die Reichsregierung ist zu dem Beschluß gelangt,
daß der Beschluß des Völkerbunds nicht als rechtmäßig anerkannt werden
kann. (Beifall.) Die Reichsregierung hat sich ein-
gehend mit der Rechtsfrage befaßt und in einer
Note dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß das
letzte Wort von der Völkerbundsversammlung
gesprochen werden müsse. Zum lebhaften Bedau-
ern der Reichsregierung haben wir auf diese Note
eine durchaus unbefriedigende Antwort bekom-
men. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß der
Völkerbund ihre wohlbegründeten Beschwerden
einer eingehenden Prüfung unterzieht und schließ-
lich sich auch im Sinne des wahren Völkerbundes
von Gerechtigkeit leiten läßt. Ich gebe mich auch
weiter der Hoffnung hin, daß die Zeit kommen
wird, wo zwischen Belgien und Deutschland wie-
der Beziehungen bestehen werden, die es der belgi-
schen Regierung erforderlich erscheinen lassen, aus
rein materiellen Gründen nicht über das Selbst-
bestimmungsrecht der Bevölkerung hinwegzusehen.
(Lebhafter Beifall.)

Abg. Korrell (Dem.) nimmt zur Begründung
der zweiten Interpellation das Wort: Der Rhein
ist ja stets das Problem der Auseinandersetzungen
zwischen Osten und Westen gewesen. Ich lehne es
ab, jetzt die Lösung des Problems einfach in einer
Wiederholung dessen zu finden, was 1813 oder
früher geschehen ist. Wir betrachten das rheinische
Problem geschichtlich, um uns in unserer Not zu
stärken, da das Rheinland seit Jahrhunderten
immer Aushilfsort erlebt hat, und daraus die Hoff-
nung zu schöpfen, daß auch die letzte Besetzung nicht
länger dauern wird als die früheren. Am Rhein-
lande sitzt seit altersher demokratischer Sinn, er
hätte nur früher auch in das übrige Deutschland
einzuleben sollen. Man braucht nur an die Namen
Görres und Ludwig Bambergers zu erinnern. Nicht
immer hat man im übrigen Deutschland Verständ-
nis für seine grundsätzliche Art gehabt. Die Reden
und die Artikel, die uns von unseren gegenwärtigen
Herren serviert werden, stehen in schreiendem
Gegensatz zur Wirklichkeit. (Lebhafter Zusam-
mung.) In dem Betrage von 15½ Milliarden
Kosten sind noch lange nicht alle Summen enthal-
ten. Dazu kommen noch die weiteren Kontrolle
entgegenen ansehnlichen Beträge, die von den Mi-
litärgerichten über die Bevölkerung verhängt wer-
den. Die Zeiten besserer Verpflegung, wie sie am
Anfang der Besetzung bestanden, sind längst vor-
bei. Heute leidet das besetzte Gebiet an einer
großen Teuerung. Kann die deutsche Regierung
und der Reichskommissar in Koblenz nicht Vor-
kehrungen treffen, daß die Not der rheinländischen
Bevölkerung durch Einschränkung des freien An-
kaufsrechts der Besatzung gemildert wird? In-
folge der Teuerung sind die Löhne und Gehälter
beträchtlicher gestiegen als anderswo, so daß auch
die Lage der rheinischen Industrie keineswegs
rosig ist.

Reichsminister des Innern Dr. Simon: Vor einem
Jahre sprach ich die Hoffnung aus, daß die Frage
der besetzten Gebiete nicht als eine Angelegenheit
der Parteien, sondern der Nation behandelt werde.
Ein Lichtblick in dem trüben Bild ist es, daß nicht
nur im besetzten Gebiet die nationale Einheits-
front nicht wankte, sondern daß auch in diesem
Haufe alles einmütig zusammenhält in der Teil-
nahme für das besetzte Gebiet. Leider gibt es
Leute, die in Deutschland herumreisen und in
Vorträgen das Schicksal des besetzten Gebietes
übertrieben darstellen. Damit wird nur der neu-
erlichen Presse ein willkommener Vorwand ge-
geben, die übertriebenen Angaben zu widerlegen. Die
Kosten der Besatzung sind in der Tat als unge-
heuerlich zu bezeichnen. Das Schatzministerium
hat als Entschädigung für die Requisitionen
62 Milliarden gezahlt, für die Besatzungstruppen
23 Milliarden. Nach den Angaben des Ministers
Lundow in der französischen Kammer haben wir
mit einer Belastung von 27½ Milliarden für die
Besatzungstruppen zu rechnen. (Hört, hört!) Es
bedarf keiner Erwähnung, daß die deutsche Regie-
rung in ihrem Streben, die Rheinlande
deutsch zu erhalten, durch keine Macht der
Welt schwankend gemacht werden kann. Gerade im
Rheinland ist ein Reichsbürgergedanke lebendig
wie sonst nirgends im Reich. (Lebhaftes Bravo.)
Ueber diese Zeit hinaus wird es gutes deutsches
Land bleiben. Wenn nationale Propaganda be-
trieben werden soll, kann sie auch in Berlin ge-
trieben werden. Worauf es ankommt, die Zu-
gehörigkeit mit dem übrigen Deutschland zu
stärken, und das tun wir am besten, wenn wir die
alte deutsche Kultur durch die Unterhaltung aller
bodenständigen Bestrebungen im Rheinland för-
dern. Wir im übrigen Deutschland müssen uns
daran gewöhnen, an unseren deutschen Rhein zu

wandern, und wenn unsere deutsche Jugend am Rhein neben frohen Bildern auch trübe sieht, wird sie ihrerseits zu der Wiederaufrichtung der Rheinlande beitragen. Dann weiß sie, daß dieses Land deutsch bleibt und der deutsche Rhein keine Landesgrenze ist, sondern daß der deutsche Rhein immer bleibt der deutsche Rhein. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Solmann (Soz.): Ueber das Unrecht, das uns durch die Behandlung der besetzten Gebiete zugefügt ist, besteht keine Meinungsverschiedenheit. Man soll unterscheiden zwischen hochverräterischen Bestrebungen und solchen, die auf größere Selbstständigkeit der Rheinlande im Rahmen der Weimarer Verfassung abzielen. Eine Bewegung zur Loslösung vom Reiche gibt es im Rheinland überhaupt nicht. Der beste Beweis ist, daß die separatistischen Gesinnungen nicht gewagt haben, einen Kandidaten zum Reichstag aufzustellen. Die Entscheidung für das Deutschtum am Rhein liegt nicht bei der Entente, sondern bei der deutschen Innenpolitik.

Der Wiederaufbau.

* Berlin, 5. Nov. Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte Staatssekretär Müller vom Wiederaufbauministerium: Bis jetzt seien auf Grund des Friedensvertrages im Wege der Reparation landwirtschaftliche Maschinen im Werte von etwa 5 Millionen Papiermark geliefert worden, auf Grund des Waffenstillstandsabkommens dagegen seien erheblich größere Beträge an landwirtschaftlichen Maschinen abgegeben worden. Für die Entschädigung für weggenommene Maschinen seien grundsätzlich die Vorsehungskosten maßgebend. Ministerialdirektor Rothholz (Wiederaufbauministerium) erklärte zur Frage der Vorsehungskosten, daß das Verfahren möglichst beschleunigt werde. Ministerialdirektor v. Simson (Auswärtiges Amt) betonte die schweren Rückwirkungen des Spaer Abkommens auf die deutsche Industrie. Anhaltspunkte für die Nachricht, Frankreich führe deutsche Rohle wieder aus, hätten sich bisher nicht ergeben.

Die Sozialisierung.

* Berlin, 6. Nov. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestern einstimmig beschlossen, in der heutigen Sitzung des Reichstages eine Interpellation einzubringen, ob die Reichsregierung bereit sei, zu erklären, wann sie den zugesagten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorlegen werde, und zwar einen Entwurf, der sich nicht auf Gewinn-, Kapitals- oder Ertragsbeteiligung der Arbeiter beschränkt, vielmehr die Sozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchzuführen werde.

Deutschland und England.

* Berlin, 5. Nov. In der fortgesetzten Verhandlung des Hauptausschusses erklärte Ministerialdirektor Fischer, der bei den Spaer Verhandlungen im Zusammenhang mit den deutschen Kohlenforderungen vereinbarte Fünfgoldmarkfonds erbringe monatlich 7 Millionen Goldmark. Die Goldmark würde für Uebersichtlichkeiten, besonders für die Bestreitung der Lebensmittellieferungen für die Bergarbeiter verwendet, aber auch für die Verbilligung der Textilwaren. Ministerialdirektor v. Simson vom Auswärtigen Amt teilte den Wortlaut der englischen Note mit, die den Verzicht auf die Beschlagnahme deutschen Eigentums mit, und hob dabei hervor, daß damit ein allgemeiner Verzicht der britischen Regierung auf Repressalien nicht ausgesprochen sei und daß vor allem keine Zusage gegeben sei, die Liquidation des vor dem Kriege nach England gelangten deutschen Eigentums einzustellen. Ein wirklich normaler, auf gegenseitigem Vertrauen basierender Geschäftsverkehr zwischen England und Deutschland, insbesondere zwischen den deutschen und englischen Banken, werde erst dann möglich sein, wenn England von weiterer Liquidation deutschen Eigentums Abstand nehme und auch den Erlös des im Kriege liquidierten deutschen Eigentums freigabe.

Tarifierhöhung.

* Berlin, 5. Nov. Am 4. und 5. November tagte unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers der auf Grund des Reichstagsbeschlusses gebildete Sachverständigenbeirat zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Reichseisenbahnen. Neben einer großen Zahl von Einzelfragen wurde insbesondere die Organisation der Reichseisenbahnen, ihre Personalpolitik und vor allem die finanzielle Lage der Eisenbahnen erörtert. Von allen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß neben äußerster Beschränkung der Ausgaben danach gestrebt werden müsse, die Einnahmen zu steigern. Die Tarife im Personen- wie im Güterverkehr seien der allgemeinen Preissteigerung nicht gefolgt und trügen der in den letzten Jahren eingetretenen Geldentwertung keine Rechnung. Deshalb müsse trotz der damit verbundenen Belastung des Wirtschaftslebens ernstlich geprüft werden, ob nicht eine nochmalige Tarifierhöhung angebracht sei.

Zur Auslieferung des Kaisers.

* London, 7. Nov. Im Unterhause erklärte Lloyd George in Erwiderung auf eine Anfrage, daß die Auslieferung des ehemaligen Deutschen Kaisers angesichts der Haltung der niederländischen Regierung auf diplomatischem Weg nicht zu erreichen sei. Das Haus sei sicher damit einverstanden, daß man Holland nicht den Krieg erkläre, um die Aus-

lieferung durchzusetzen. Es sei nicht tunlich, den früheren Deutschen Kaiser in absentia zu verfolgen, ohne daß die Möglichkeit bestehe, das Urteil im Falle der Schuldigerklärung vollstrecken zu können.

Eine Spende des Papstes.

* Köln, 5. Nov. Die „Köln. Volksztg.“ meldet aus Rom: Der Papst übergab dem Kölner Erzbischof Schulte bei dessen Abschiedsbesuch eine halbe Million Lire für die bedürftigen Kinder Deutschlands.

* Berlin, 6. Nov. Die „D. Allg. Ztg.“ veröffentlicht den Text der Note des Chefs der interalliierten Kontrollkommission, General Nollet, vom 12. Oktober, die sich gegen die Selbstschutz-Organisationen wendet. Die interalliierte militärische Kontrollkommission ersucht in der Note, ihr von denjenigen Maßnahmen Mitteilung zu machen, die die deutsche Regierung zu treffen gedenke. — Die Deutschnationale Volkspartei hat in der Preussischen Landesversammlung an die Staatsregierung eine Anfrage gerichtet, in der sie das Verbot der Orgel in Preußen durch den Minister des Innern als gesetzwidrig bezeichnet und die Staatsregierung fragt, ob sie bereit sei, die durch die Reichsverfassung gewährleistete Vereinsfreiheit gegen den Minister zu schützen.

9. November

* Berlin, 7. Nov. Die NSDAP. und die Berliner Gewerkschaftskommission veröffentlichten in der „Freiheit“ einen Aufruf, in dem sie die werktätige Bevölkerung auffordern, den 9. November durch Arbeitsruhe zu feiern.

Nur Fachmänner

* Wien, 7. Nov. Am Freitagabend haben die offiziellen Verhandlungen wegen der Bildung der Regierung zwischen den Christlichsozialen und den Großdeutschen begonnen. Als deren vorläufiges Ergebnis kann festgestellt werden, daß bei einem Festhalten der Designierung des Polizeipräsidenten Schober zum Staatskanzler dessen Kandidatur von großdeutscher Seite unterstützt wird. Die Wahrscheinlichkeit eines ausschließlich aus Fachmännern gebildeten Kabinetts mit Ausschluß aller parlamentarischen Persönlichkeiten ist in den Vordergrund getreten. Das fordern sowohl die Großdeutschen als auch Präsident Schober.

Rußland.

* Berlin, 5. Nov. Die „Chicago Tribune“ veröffentlicht eine Nachricht aus Konstantinopel, der man entnehmen kann, daß die Lage des Generals Wrangel äußerst schwierig ist. Er werde von allen Seiten von den Roten Armee angegriffen und die Bolschewiken behaupteten sogar schon, sie hätten dem Heere bei Peretow den Rückzug abgeschnitten, so daß Wrangel nur noch über einen einzigen Weg verlasse, um seinen Rückzug zu bewerkstelligen, der über eine drei Meilen lange Eisenbahnbrücke führe, die leicht zerstört werden könne. Aus Moskau wird gemeldet, daß Trozki am 2. November eine Rundgebung gehalten habe, in der er heißt: „General Wrangel liegt in den letzten Zügen. Seine Armeen halten ihn von allen Seiten umringt. Durch den letzten Ansturm der tapferen roten Regimenter ist der Feind von den Landungen abgeschnitten worden und sucht jetzt in jeder Richtung einen Ausweg. Wrangel ist noch nicht vernichtet, aber sein Schicksal ist besiegelt. Dieser große Erfolg wird, falls er schließlich zu Ende geführt wird, uns bald den Zugang zur Krim verschaffen. Erst müssen aber die Hauptkräfte der Weißgardisten zerstreut werden. Durch einen energischen Schlag werden wir die Tore zur Krim öffnen. Die Krim, die bisher als Festung für die Gegenrevolution diente, wird für die letzten Weißgardisten zur Grabstätte werden. Unser Erfolg an der Wrangelfront wird sofort auf unsere internationale Lage zurückwirken. Polen, das mit uns den Vorfrieden geschlossen hat, verliert durch Pilsudski, Saminsow und Palachowitsch den Krieg gegen uns fortzusetzen. Die französische Vörsen verlautet, den dienstbereiten Pilsudski wieder in einen Kampf gegen uns zu verwickeln. Unsere Aufgabe ist es, das weißgardistische Revolt im Süden endgültig zu vernichten und die Träume der französischen Schacherer endgültig zum Scheitern zu bringen.“ Schließlich spricht Trozki die Ueberzeugung aus, daß am dritten Jahrestage der russischen bolschewistischen Revolution die Tore zur roten Weltrevolution geöffnet sein werden.

Aus Stockholm wird gemeldet: Wrangel ist auf die Krim zurückgedrungen und dort durch die Offensive der Bolschewiken schwer bedroht. In wenigen Tagen hat er alles Gebiet verloren, das er in monatelangen, mühsamen Kämpfen gewonnen hatte. Die allgemeine Offensive der Sowjettruppen begann am 27. Oktober. Die Stellung Wrangels ließ damals von der Dniestermündung flussaufwärts bis Alexandrowsk. von da südlich bis Berdjansk am Asowschen Meere. Am 30. Oktober standen bereits Sowjettruppen südlich Peretow auf dem Krimfährnis. Am 1. November hatte ihre Disposition auch die taurische Bahn bei Melitopol erreicht. Wrangel, der schon vor der Offensive mit dem Rückzug auf die Krim begann, hat trotzdem einen erheblichen Bruchteil seiner Armee verloren, da nach dem 1. November der Weg zur Krim versperrt war. Der russische Heeresbericht meldet, daß sich nördlich der Bolschewiklinie viele Truppen herumtreiben. Der bisherige Erfolg der Sowjettruppen ist bedeutend. Aber erst wenn es ihnen gelingen sollte, die Krim selbst zu erobern, wird er entscheidend.

Sowjetrepublik und Wissenschaft

* Kopenhagen, 7. Nov. Nach einer Helsingforsker Meldung der „Berl. Tid.“ schildert Prof. Rostowski das Schicksal der russischen Gelehrten unter der Sowjetherrschaft. Von 14 ihm bekannten Professoren in Petersburg und Moskau sind Nowinski, Andrejew und Sarjensko hingerichtet worden. Kondrassow und Grimm ist es gelungen, ins Ausland zu flüchten. Außerdem sind 90 Gelehrte verhungert.

* Kopenhagen, 6. Nov. Nach einer Nigaer Meldung an die „Politiken“ schreibt Lenin in der „Pravda“:

„Niemand hat Sowjetrußland eine solche Ernährungsnot erlebt, wie jetzt. Moskau und andere große Städte sind vom Hunger lahmgelegt; sogar das Meer hungert. Deshalb ist es nötig, mit den allerschärfsten Mitteln die Bauern zu zwingen, die Lebensmittel abzuliefern.“

Trozki schreibt: „Mangel und Unruhen aufrührerischer Banden erschweren die Bewegung der Truppen. Es fehlt der Roten Armee an Kleidern, Tornistern und Stiefeln. Die Lage ist ernst, so daß ohne Abhilfe dieser Uebelstände alle andere Anstrengungen überflüssig sind.“

Der Generaldirektor der Chemischen Gesellschaft in Moskau und früherer Vorsitzender des Komitees der französischen Kolonie dafelbst Lewin Mart, schreibt über die Ernährungsnot Rußlands:

„Die Lebensmittelversorgung ist noch niemals schlechter gewesen wie jetzt. Infolge der andauernden Trockenheit des vergangenen Sommers und des Saatenrückgangs des Jahres ist die Ernte 1920 geradezu katastrophal. Die Kleinbauern mühen sich Futtermangel einen großen Teil ihres Viehes abschneiden. Unter diesen Umständen erscheint es sehr zweifelhaft, daß es der russischen Verwaltung gelingen wird, die Ernährung der Stadtbevölkerung zu sichern. Die Zustände der Verkehrswege machen eine Versorgung aus Sibirien unmöglich. Infolgedessen bleibt nichts anderes übrig als eine ungeheure Hungersnot voranzusehen. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres wird es ebenso der Verwaltung unmöglich sein, die Verteilung der Brotrationen auf der bisherigen Höhe durchzuführen.“

Die Präsidentschaftswahl in Amerika.

* London, 6. Nov. (Davas.) Die bei der Präsidentschaftswahl für Harding erzielte Majorität wird auf ungefähr 5 Millionen Stimmen geschätzt. Insgesamt haben sich 28 Millionen Wähler (darunter 9 Millionen Wählerinnen) an die Urne begeben.

Ueber den Sieg Hardings äußert sich Graf Beunstorff wie folgt: „Jetzt hat die republikanische Partei aus Gründen der äußeren Politik den Sieg errungen, ohne daß der innere Kampf zwischen den Konservativen und den radikalen und sozial gerichteten Elementen zum Austrag gekommen wäre. Wilson hatte die Wahlparole „für oder wider Völkerverbund und Versailler Frieden“ ausgegeben, jedoch sind viele Kreise in Amerika für den Völkerverbund, aber gegen den Versailler Frieden. Deshalb trat Harding, wenn auch gegen den jetzigen Völkerverbund, so doch für die Wiederaufnahme des Haager Schiedsgerichtsgedankens ein. bezw. für eine freie Völkerverbindung ohne Schädigung der Souveränität der beteiligten Staaten. Den Versailler Vertrag wird Harding allerdings ohne die bekannten republikanischen Vorbehalte nicht annehmen, ja vielmehr sogar den Kriegszustand mit Deutschland einfach durch einen Beschluß des Kongresses für beendet erklären lassen. Diese Haltung der Vereinigten Staaten kann uns nur erwünscht sein. Sie entspricht auch der Haltung des Pazifikkongresses und der deutschen Regierung in dieser Frage, die an die Stelle des jetzigen Völkerverbundes einen neuen, den Rechtsgrundsätzen entsprechenden sehen möchten.“

Deutschland muß auch dann für die amerikanische Politik der wirtschaftlichen Verflechtung mit Europa eintreten, wenn es nicht die gleiche wirtschaftliche Selbstständigkeit haben wird wie früher. Wir werden immer noch am besten fahren, wenn wir den Wiederaufbau mit amerikanischer Unterstützung durchführen, weil wir dabei keine politischen Verpflichtungen übernehmen müßten, wie sie manche europäischen Staaten für ihre Völkerverflechtung fordern. Wenn sich Rußland vom Bolschewismus freigemacht hat, wird sich Amerika wohl auch mit besonderem Interesse am Wiederaufbau dieses Landes beteiligen. Es wird allein das dazu nötige Kapital, nicht aber das gleichzeitig erforderliche Maschinenmaterial zur Verfügung haben. Dieses müßte Deutschland liefern.“

Bermischte Nachrichten.

* Müdesheim, 8. Nov. Auf Veranlassung des Magistrats hat sich das hiesige Lichtspieltheater in den Dienst der Volks- und Jugendbildung gestellt und führt am Mittwoch, den 10. November, von 3 Uhr nachmittags ab, im Saalbau Köls, Naturaufnahmen, wissenschaftliche sowie industrielle Filme, vor. Die Vorstellung findet für Kinder von 3—7 Uhr nachmittags gegen einen Eintrittspreis von 50 Pfennig — für Erwachsene zu halben Preisen, d. h. 1.— Mk. bezw. 1.50 Mk. von 8 Uhr abends ab, statt. Dauer eines Programms ca. 2 Stunden. Es dürfte für Jung und Alt von größtem Interesse sein, diesen

Vorfürhungen, welche allwöchentlich einmal stattfinden sollen, beizuwohnen. Die Vorstellungen sind nicht nur belehrend und aufklärend, sondern auch bildend.

* **Rüdesheim, 8. Nov.** Die heute Vormittag stattgefundenen Haus- und Weinbergs-Versteigerungen hatten folgendes Ergebnis:

1. Weinberge des Herrn Schmidt (früheres Weingut des Herrn Friedrich Rath):

Gemarkung Rüdesheim:

Lage	Kaufpreis	Steigerer
Frenz	Mk. 135.—	Martin Hey, hier
Mittlerer Platz	" 226.—	J. Kessler, Altmannsh.
Roseneck	" 300.—	Frz. Sossenheimer, hier
Obere Frenz	" 110.—	Kasp. Corvers, Eibingen
Bachfeld	" 50.—	kein Zuschlag
Bachfeld	" 50.—	"
Bachfeld	" 50.—	"
Oberer Platz	" 305.—	Joh. Mayer, hier

Gemarkung Altmannshausen:

Kranz	Mk. 217.—	J. Kessler, Altmannsh.
-------	-----------	------------------------

Gemarkung Eibingen:

Oberer Tafel	Mk. 61.—	kein Zuschlag
Oberer Tafel	" 205.—	Joh. Mayer, Eibingen
Mühlpfad	" 303.—	Jak. Dormann, Eibingen

2. Weinberge des Herrn Joh. Jos. Nikolai:

Böhl	Mk. 51.—	J. Jakob, Eibingen
Böhl	" 71.—	Pet. Kremer, Eibingen
Böhl	" 71.—	derselbe

Das zum Ausgebot gekommene Wohnhaus der Erben Johann Mayer — Schmidstraße 15 — erzielte Zollbeamter Hebermehl zum Preise von 27 500 Mk.

* **Rüdesheim, 8. Nov.** Die erste Mannschaft des Sportvereins 1910 Rüdesheim konnte auch das 1. Spiel der Nachrunde gegen seinen schärfsten Gegner „Schwarze Elfe“ Ingelheim mit 3:0 Toren gewinnen und sicherte zwei weitere wertvolle Punkte in der Reihenschaftstabelle der Klasse C, so daß Rüdesheim mit 5 Spielen und 10 Punkten an erster Stelle steht. Das Endverhältnis 9:2 zu Gunsten Rüdesheim dürfte dafür bürgen, daß die erste Elfe des Sportvereins Rüdesheim einer offenen Spielart huldigte, was in Anbetracht der vorzüglichen Kombination des Sturmes und deren blitzschnellen Durchbrüchen zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Dem Spiel wohnten ca. 500 Zuschauer bei, eine bis jetzt in Rüdesheim bei einem Fußball-Wettspiel noch nicht gesehene Zahl. Herr H. Meyer aus Weisenheim F. C. 08 leitete das Spiel in einwandfreier Weise.

* **Rüdesheim, 8. Nov.** (Die Vorlage zum Reichsnotopfer.) Die bereits angekündigte Vorlage über das Reichsnotopfer ist vom Reichskabinett beschlossen und dem Reichsrat übermittelt worden. Das Kabinett hat sich dahin geeinigt, daß von der gesamten Steuerschuld aus dem Reichsnotopfer ein Drittel beschleunigt eingezogen werden soll. Jeder zum Reichsnotopfer Verpflichtete werde also ein Drittel seiner gesamten Steuerschuldigkeit in den nächsten Monaten zu bezahlen haben. Die Novelle bestimme, daß dieses Drittel mindestens 10 Prozent des Vermögens des Steuerpflichtigen erreichen müsse. Für die Zahlung des nunmehr einzuziehenden Drittels würden zwei Termine gewährt, von denen der erste auf den 1. Februar 1921 festgesetzt sei.

* **Rüdesheim, 8. Nov.** Vom 1. November ab wird der Vertriebs- und Verkauftsverkehr mit Belgien, Frankreich und Großbritannien sowie im Durchgang durch diese Länder nach weitergelegenen Ländern, wieder aufgenommen. Ebenfalls vom 1. November an ist Wertangabe bei Postpaketen nach Belgien und Frankreich sowie bei Postpaketen, die im Durchgang durch Belgien oder Frankreich nach weiter gelegenen Ländern zu befördern sind, zugelassen, auch können vom gleichen Zeitpunkt ab Postpakete nach Großbritannien und darüber hinaus nicht nur, wie bisher, bei der Zeitung über Hamburg, sondern auch bei der Zeitung über Belgien oder die Niederlande mit Wertangabe versandt werden. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

* **Rüdesheim, 8. Nov.** Gefährliche berufsmäßige Taschendiebe in Personenzügen üben jetzt in vermehrter Zahl ihr Handwerk aus. In den letzten Tagen wurde auf den Strecken Wiesbaden-Mainz-Ludwigshafen ein ganze Anzahl junger Mädchen, die allein reisten, ihrer gesamten Barschaft beraubt.

Johannisberg, 6. Nov. In das Handelsregister des Amtsgerichts Rüdesheim ist die Firma Benediktus-Hort, G. m. b. H., in Johannisberg eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens: Erwerb von Immobilien, Errichtung von Gebäuden, Bewirtschaftung von Liegenschaften, um den Mitgliedern der Ordensfamilie der Benediktinerinnen zur ewigen Anbetung zu Johannisberg ein Heim und Unterhalt zu verschaffen, Vermittlung und Beschaffung von Gelegenheiten zur Ausführung weiblicher Handarbeiten und anderer den Fähigkeiten und Kennt-

nissen der Mitglieder der Ordensfamilie entsprechenden Arbeiten zum Erwerbe von Mitteln für die gesamte Haushaltung und Lebenshaltung derselben. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mk. Geschäftsführerinnen: Klara Fischenich und Benedikta Faulhaber in Niederlahnstein, demnächst in Johannisberg. Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. Juli 1920 festgestellt. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft und zur Zeichnung der Firma befugt.

Aus dem Rheingau, 5. Nov. Unter Aufhebung der Festsetzung vom 11. Mai 1920 werden die Kleinhandelshöchstpreise für 1 Pfund Zucker wie folgt festgesetzt: 1. gemahlener Zucker jeder Art 3.50 Mk. 2. Würfelzucker 3.60 Mk.

Wiesbaden, 5. Nov. Eine Anzahl Einwohner von Dogheim legt im Taunus hinter der Platte nach Reubhof zu eine Kolonie an. Bis jetzt haben acht Siedler mit Hilfe der Gemeinde Dogheim je 10 Morgen abgeholztes Waldgelände erworben und während des Sommers schon tüchtige Arbeit geleistet, Wurzelstöcke gesprengt, Land gerodet und zum Teil auch schon besät. Die junge Saat wächst schon üppig empor und verspricht gute Ernte im nächsten Jahr. Aber auch im Winter ruht die Arbeit nicht. Da der Weg von Dogheim zu weit ist, haben sich die Ansiedler dort Hütten gebaut, worin sie wohnen wie richtige Kolonisten. Im nächsten Frühjahr will noch eine größere Anzahl Dogheimer Familien nach der Kolonie auf der Platte auswandern.

Frankfurt, 6. Nov. (Ein guter Witz erleichtert das Leben.) Viel belacht wird in Frankfurter Anwaltskreisen der Anspruch eines Rechtsanwalts, dessen Praxis durch den Krieg stark zurückgegangen ist. Als man ihn fragte, wie es ihm ginge, antwortete er: „Mir geht's wie dem Kaiser bei Kriegsausbruch, ich kenne keine Parteien mehr.“

Frankfurt, 6. Nov. Seit Donnerstag ist der blaue Schutzmann aus dem Straßendienst von Frankfurt verschwunden. Den Straßendienst versteht die Sicherheitspolizei und die übrige Schutzmannschaft muß laut beheblicher Anordnung Zivil tragen.

Vom Rhein, 5. Nov. Die Flotte des „Lloyd Renau“ und „Lloyd de la Meuse“, die aus 110 Rheinschiffen besteht, wurde von der belgischen Regierung dem „Lloyd Royal Belge“ zu Antwerpen überwiesen. Dies Unternehmen hat die Absicht, in kurzer Zeit einen ausgedehnten Schiffsahrtsdienst zwischen Antwerpen und Straßburg aufzunehmen.

Düsseldorf, 6. Nov. Drei Ausstellungen, in einem einheitlichen Rahmen zusammengefaßt, wird Düsseldorf 1921 veranstalten. Auf der schon länger beschlossenen landwirtschaftlichen Ausstellung, für die seit Wochen die Vorarbeiten im Gange sind, und die als Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen gedacht ist, wird auf Anregung der deutschen Maschinenfabriken eine Ausstellung von Werkzeugmaschinen aufgebaut. Weiter wird eine Sportausstellung mit Turn- und Sportgeräten angegliedert. Letztere Abteilung wird auch große sportliche Veranstaltungen und Wettkämpfe umfassen. Die Anlage eines großen Sportplatzes, der allen Ansprüchen des Sports, auch über 1921 hinaus, genügt, fand die Genehmigung der letzten Stadtverordnetenversammlung. Die Ausstellungen werden in dem Kunsthallen und in den anschließenden großen Hallen untergebracht, die für den durch den Krieg vereitelte Große Ausstellung 1915 errichtet wurden.

Krefeld, 4. Nov. Die Stadtverordneten-Versammlung beriet heute wieder über die Wohnungsnot in unserer Stadt. Es wurden noch 500 000 Mark für Umbauten bewilligt und 700 000 Mark für Baukostenzuschüsse bereitgestellt. Die Stadt plant den Bau einer Siedlung von 300 Wohnungen im westlichen Stadtteil, die einen Kostenaufwand von 18 Millionen Mark verursachen würden. Die Mittel hierfür sollen aber erst angefordert werden, wenn das Reichsmietengesetz vorliegt und die Deckungsfrage geklärt ist. Zur Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Anlage einer solchen Siedlung wurden 20 000 Mark bewilligt.

Ohligs, 5. Nov. Die Stadtverordneten beschlossen die Erhebung einer Wohnungsluxussteuer. Sie sieht folgende jährliche Abgaben vor: für einen überflüssigen Wohnraum 100 Mark, für zwei 300 Mark, für drei 500 Mark, für vier 800 Mark, für fünf 1000 Mark, für sechs 2800 Mark, für sieben 5000 Mark, für acht 7500 Mark und für jeden weiteren überflüssigen Wohnraum 3000 Mark. Beigeordneter vom Bruch teilte mit, daß die Regierung die letzte Drei-Millionen-Anleihe aus sachlichen und formellen Bedenken nicht genehmigt habe.

Opladen, 4. Nov. In der Stadtverordnetenversammlung teilte der Bürgermeister mit, daß die englischen Quäker für den Stadt- und Landkreis Solingen mit der Speisung bedürftiger und unterernährter Kinder zu beginnen beabsichtigen. Die Kosten würden zu zwei Dritteln von den Engländern, zu einem Drittel von dem Kreise getragen. Zunächst würden 3000 Kinder versorgt. In kürzester Frist

hofften die Quäker die dreifache Zahl unterstützen zu können. Die Kinder sollen von Vertrauensärzten ausgewählt werden.

Marburg, 6. Nov. Bei einer Veranbarung des Sarges der Heiligen Elisabeth erbeuteten die Diebe 193 Edelsteine und 12 Perlen im Werte von zwei Millionen Mark. Außerdem wurden wertvolle Feligranarbeiten gestohlen. Der historische Wert der Gegenstände ist sehr groß.

Der gebändigte Blitz.

Wenn die Not am größten ist, ist auch die Hilfe am nächsten. Dies alte tröstliche Wort würde sich wieder einmal bewahrheiten, wenn die Verwirklichung einer großartigen technischen Idee gelänge, die der Hamburger Physiker Hermann Blauson ausgearbeitet hat und über die Friedrich Otto in einem Aufsatz „Der gebändigte Blitz“ in „Ueber Land und Meer“ (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart) berichtet. Wir wären aller Sorgen über Rohlennot und Kräftemangel enthoben, wenn die Luft uns aus ihren ungeheuren elektrischen Schätzen etwas abgäbe. Die Gewinnung der atmosphärischen Elektrizität ist der große Gedanke, um den es sich handelt. Es besteht ein Spannungsunterschied zwischen der Erdoberfläche und der Luft über ihr, da die Erde fast immer negativ geladen ist und die Luft positiv. Ueber der Erde befindet sich meistens ein elektrostatisches Spannungsfeld, das zwar täglichen und jährlichen Schwankungen unterworfen ist, aber eine unerschöpfliche Energiemenge darstellt. Dieser Spannungsunterschied muß zur Erde geleitet werden. Da die Luft aber ein schlechter Leiter ist, so läßt sich der Spannungsunterschied nicht so ohne weiteres gewinnen. Man muß vielmehr geeignete Sammler hochlassen. Dafür kommen in erster Linie große Sammlerantennen in Betracht, die aus mächtigen, auf der Erde festverankerten Metallballonen bestehen. Als Füllung wird Wasserstoff oder Helium vorgeschlagen, wobei Helium seiner Gefährlosigkeit wegen vorzuziehen wäre, wenn es in genügenden Mengen zu beschaffen wäre. Die Oberfläche der Ballone wird mit Radium- oder Poloniumpräparaten oder auch mit scharfen Spitzen versehen, was die Sammlung der Elektrizität aus der Luft beschleunigt. Die Ballone sind untereinander durch ein regelrechtes Antennenetz verbunden. Nach jeder automatisch erfolgenden Entnahme speichern die Ballone neue Luisterkizität auf, so daß eine ständige Kraftquelle gewonnen ist. Es sollen sich mit den gegenwärtigen Mitteln auf jeden Quadratkilometer stündlich 200 PS gewinnen lassen, bei verbesserten Methoden sogar 500 PS. Nach den Berechnungen ließe sich etwa ein Drittel der Oberfläche Deutschlands ohne Störung der Landwirtschaft für die Ausbeutung der atmosphärischen Elektrizität ausnützen. Bei dem heutigen Stande der Technik könnte man dann mit 720 Millionen PS täglich rechnen, wodurch natürlich der gesamte Energiebedarf der Welt gedeckt wäre. Das Aussehen unserer guten Mutter Erde würde sich freilich recht merkwürdig verändern. Ueberall an den Gebirgen und Meeren, über Steppen und Wästen würden ganze Heere solcher Ballone schweben, deren Netze mit Sammelhäuschen, Transformatoren, Fernleitungen und Maschinenhäusern in Verbindung stehen. Auf das Naturchauspiel des Blizes würden wir verzichten müssen, denn es gibt dann keine Gewitter mehr; ihr Zustandekommen wird durch die ständige Entziehung von Elektrizität aus der Luft verhindert. Die Kosten des Verfahrens sind sehr hoch, aber trotzdem soll der lustelektrische Strom wesentlich billiger sein, als der aus den Kohlen gewonnene. Verschiedene Fachleute haben gegen diesen Plan schwerwiegende Bedenken erhoben. Aber bei der ungeheuren Bedeutung dieser Erfindung darf Blauson wohl fordern, daß zunächst Versuchs- und Musteranlagen errichtet werden, und daß der Staat die Lösung des neuen Problems in die Hand nimmt, um sich bald die Bewirtschaftung der Luisterkizität zu sichern; sie könnte uns aus vielen Nöten und Bedrängnissen der Gegenwart befreien.

Im Interesse der vielen Bruchleidenden sei an dieser Stelle nochmal ganz besonders auf das Inserat des Herrn Ph. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

in jeder Aus-
Stempel, führung und
Größe werden preiswert und
schnellstens geliefert von
U. Meier :: Rüdesheim

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden und der Ruhestattung meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter, sagen wir Allen, besonders den Kranz- und Blumenspendern, auf diesem Wege, unseren innigsten Dank.

**Polizeiwachmeister Schank
und Kinder.**

Rüdesheim, den 5. November 1920.

Zahnpraxis Elly Lange

Tel. 303. Rüdesheim. Markt 13.

Sprechstunden von 9—4 Uhr
Sonntags auf vorherige Anmeldung.
Zahnziehen, auch schmerzlos.
Anfertigung
sämtlicher Füllungen u. Kautschukarbeiten.
— Spez.: Moderner gaumenloser Zahnersatz. —
Schonendste Behandlung.

Der eigene Arzt im Viehstalle

ist jeder Landwirt oder Stedler, der das Buch

Des Landwirts Ratgeber in guten und bösen Tagen

besitzt. Die Ober- und Stabsveterinäre **Dr. Magerl** und **Dr. Geibel** sowie der Pflanz nsachverständige **Dr. Gehrmann** geben in dem soeben in dritter neubearbeiteter Auflage herausgegebenen Werke alle Krankheitsanzeichen und die notwendigen Mittel an, die der Landwirt sofort gebrauchen kann, um sich vor großen Verlusten im Viehstande zu schützen, was besonders wichtig ist, wenn der Tierarzt weit entfernt wohnt. Das gut gebundene Buch ist mit **130 Abbildungen** und **3 farbigen zerlegbaren Modellen** vom Pferd, der Kuh und dem Schwein ausgestattet und **360 Seiten stark**. Die

Anschaffung teurer landw. Werke wird dadurch überflüssig.

Wir sind in der angenehmen Lage, das jedem Landwirt unentbehrliche Buch an unsere Leser für nur **21.60 Mark** abzugeben, solange der Vorrat reicht.

Es hat schon manchem Viehbesitzer hunderte von Mark an Schaden erspart und ist von Praktikern klar und leicht verständlich geschrieben. Schönstes Geschenk für jeden Landwirt und Stedler, vorrätig in der Geschäftsstelle des „**Rheingauer Bote**“ (A. Meier's Buchdruckerei).

Färberei und chem. Reinigung Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

Reinigen u. Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben
sowie Teppiche, Möbelstoffe usw.

Dekatieren und Imprägnieren (wasserdicht).

Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden. Lieferzeit 8—10 Tage, Trauersachen 24 Std.

Prompte Bedienung. — Solide Preise.

Annahme für Rüdesheim und Umgegend:

Schneidermeister **Schön**, Rüdesheim, Neustrasse 12.

Für Assmannshausen:

Schneidermeister **Reutershan**, Assmannshausen, Göltenbachstr. 1.

Gefell, Reiseförbe,

Waschförbe rund, oval und eckig,

Handförbe mit und ohne Deckel,

Grüne Körbe in verschiedenen Größen

Philipp Becker,

Korb- und Stuhlflächerei
Bingen, Salzstraße 6.

Bruchleidende

bedürfen kein sie schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe ver-
schwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares,
auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst ver-
stellbares, konfurrenzlos dastehendes, ärztlich empfohlenes

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend
herstellbar ist.

Mein Spezialist ist zu sprechen in:

Rüdesheim: **Hotel Tranke** am Mittwoch, den 10. November, mittags
von 12^{1/2}—6 Uhr, in Braubach: **Hotel Hammer** am Dienstag, den
9. November, abends von 4^{1/4}—7 Uhr und Mittwoch, den 10. November,
morgens von 8—10 Uhr, in Biebrich: **Hotel Bellevue** am Donnerst-
tag, den 11. November, morgens von 8^{1/2}—12^{1/2} Uhr mit Muster vor-
erwählter Bänder, sowie mit ff. Gummi- und Federbänder neuesten Systems,
in allen Breislagen, anwesend. Muster in Gummi-, Hängeleib-, Leib-, Um-
stands-, Rutttervorfall- und Mastdarmvorfallbinden, wie auch Gerade-
halter, Krampfaderrümpfe und Suspensorien stehen zur Verfügung. Neben-
fachgemäßer versichere auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung. Anerken-
nungsschreiben stehen zur Verfügung.

Ph. Steuer Sohn, Spezial-Bandagen- und Orthopädiefabrikation
Konstanz in Baden, **Wessenbergstraße 17**, Telefon 515.

A. Meier's Buchdruckerei

Anfertigung

Sämtlicher

Drucksachen

für

Geschäfte und Private.

Rüdesheim am Rhein

Kirchstrasse.

Mau & Bollenbach

Bingen am Rhein

Rathausstraße 15

Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Rorken, Rapseln,
Rork- und Rapselmaschinen, Faßtag,
Faßkitt, Haufenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen,
Faßbleche, Faß- und Flaschenbürsten,
Filtermaterial etc.

Marien-Kalender

für das Jahr 1921 eingetroffen.

Preis 3.50 M.

A. Meier's Buchdruckerei Rüdesheim a. Rh.

Dunkelgrüner Anzug, neu,

für mittlere Statur, preiswert zu verkaufen. Wo, sagt
die Exped. ds. Bl.

Ein oder zwei

Aecker

zu kaufen oder zu pachten
gesucht.

Näheres in der Exped.
ds. Bl.

Schöne

Ziege

zu verkaufen.

Wilhelmstr. 11.

D. Kahn

Kirchheimbolanden
Telefon 73.

Bin Käufer u. Verkäufer
von **Heu und Stroh**,
Speise- und Saattar-
toffeln, allen Sorten
Rüben, Gemüse und
Obst, sowie **Holz**.

Erfahrener

Kaufmann

sucht Tätigkeit als **Buch-**
halter oder **Leiter**.
Näh.: **Friedrichstr. 13.**

Spielkarten

empfiehlt

A. Meier.